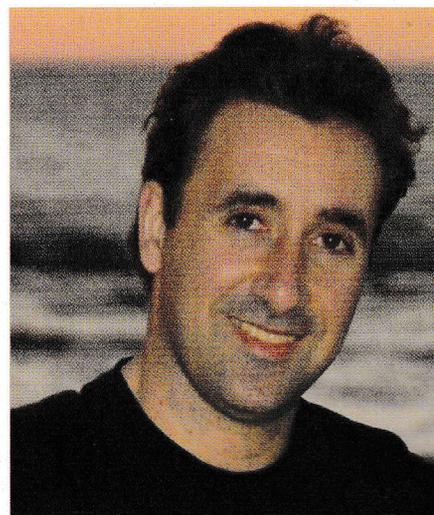


»Die Ungleichheit soll reduziert werden«

Zum Jahreswechsel hat Kuba eine Währungsreform mit weitgehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen durchgeführt. Konkret sprach darüber mit Steffen Niese, einem der Koordinatoren der Arbeitsgemeinschaft »Cuba Sí« der Linkspartei



Konkret: *Wie ist es Kuba gelungen, nach dem Ende der Sowjetunion weiterzubestehen, und welche Rolle spielte dabei die Einführung einer zweiten Währung?*

Steffen Niese: Bis zu ihrem Ende war die Sowjetunion Kubas wichtigster Handelspartner. Danach stabilisierte es seine Wirtschaft nach und nach mit Hilfe westlicher Investoren und dadurch, dass es sich dem Tourismus öffnete, den US-Dollar legalisierte und 1994 den konvertiblen Peso CUC als Zweitwährung einführte. Diese Maßnahmen konnten den vollständigen ökonomischen Zusammenbruch verhindern, sie führten aber zu einem erheblichen Ungleichgewicht des Preis- und Gehaltsgefüges und zu einer sozialen Differenzierung. Außerdem gelang es nicht, die bereits vor der Revolution bestehende erhebliche Importabhängigkeit zu beenden und die Produktivkräfte in genügendem Maße weiterzuentwickeln. Am 1. Januar 2021 ist in Kuba eine umfassende Währungs-, Preis- und Lohnreform in Kraft getreten, die diese Probleme beheben soll.

Wie sieht denn die Lohnstruktur in Kuba aus?

Wer beim Staat angestellt ist, bekommt sein Gehalt und seine Pension meist ausschließlich in Pesos ausgezahlt. Viele Artikel wie einige Lebensmittel, Hygieneartikel oder technische Produkte konnte man aber nur mit dem CUC kaufen. Daher haben viele Kubanerinnen und Kubaner in den letzten Jahren die staatlichen Betriebe und den öffentlichen Dienst verlassen.

Nach der Ausweitung der Möglichkeiten für »Arbeit auf eigene Rechnung« in Kuba haben sich viele selbständig gemacht. Besonders im Tourismus, im Transportsektor und in der Gastronomie konnte man an einem Tag soviel in CUC verdienen wie Staatsangestellte wie Ärzte oder Lehrer umgerechnet in Peso in einem ganzen Monat. Mit der Erhöhung der staatlichen Löh-

ne und Renten soll diese Ungleichheit reduziert und zugleich die Attraktivität der Arbeit im Staatssektor wieder gesteigert werden.

Werden die Lohnerhöhungen reichen, um die Preissteigerung auszugleichen?

Während sich die bisher in CUC angebotenen Produkte lediglich um vier Prozent verteuern, sind für die bisher hochsubventionierten und überwiegend aus nationaler Produktion stammenden Erzeugnisse teils erhebliche Preiserhöhungen vorgesehen.

Um die mit diesen Steigerungen sowie mit den zu erwartenden Erhöhungen im Privatsektor unweigerlich einhergehende Inflation kontrollieren zu können, hat die Regierung zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Dazu zählen Preisobergrenzen für Produkte und Dienstleistungen, die Vergabe von Überbrückungshilfen sowie ein Schuldenschnitt. Mit der Übernahme sämtlicher Verbindlichkeiten der Staatsunternehmen durch die Banken soll sichergestellt werden, dass die neuen Löhne auch ausgezahlt werden können. Diese Maßnahme zeigt, dass die sozialistische Regierung alles unternimmt, um eine Insolvenz bislang unrentabler Staatsbetriebe und damit Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

Im Zuge der Währungsreform ist auch die Abschaffung von Subventionen für die Grundsicherung, für Wasser, Strom und Nahverkehr geplant. Bedeutet die Reform das Ende des Sozialismus auf Kuba?

Die Abkehr von der bisherigen Subventionspolitik hat bereits unmittelbar nach ihrer Verkündung zu Verunsicherung und Unverständnis in der kubanischen Bevölkerung geführt. So sollte beispielsweise der bislang zu 80 Prozent subventionierte Strompreis vervierfacht werden. Nach einer öffentlich geführten Debatte hat die Regierung von der geplanten Erhöhung Abstand genommen und wird nun den Preis pro Kilowattstunde zumindest für die unteren Einkommensgruppen weniger stark erhöhen.

Im großen und ganzen wird die Regierung die massiven Subventionen künftig aber nicht aufrechterhalten können. Auch aus gesellschaftspolitischen Gründen: Bislang haben alle Kubanerinnen und Kubaner gleichermaßen von den Zuschüssen für Wasser, Strom, Transport, Miete und für die über das Bezugsheft *libreta* ausgegebenen Grundnahrungsmittel profitiert. Dabei standen diese Preise zwar in einem vernünftigen Verhältnis zu den staatlichen Peso-Einkommen, stellten aber zugleich eine indirekte Bezuschussung derer dar, die über ausreichend Devisen verfügten. Dieses vom ehemaligen kubanischen Präsidenten Raúl Castro als nicht mehr zeitgemäß und gleichmacherisch beschriebene Modell soll daher durch ein gerechteres System ersetzt werden. Der neue Grundsatz lautet: Nicht Produkte subventionieren, sondern bedürftige Menschen unterstützen.

Zweifellos kommt diese am Wohlfahrtsstaat orientierte neue Politik einem Paradigmenwechsel gleich. Von einer grundsätzlichen Abkehr vom Sozialismus und der Einführung der Marktwirtschaft zu sprechen ist allerdings unzutreffend, zumal die Sektoren weiterhin in Staatshand verbleiben. Im Gegenteil: Die jetzt eingeleiteten Maßnahmen sind dazu gedacht, bestehende Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu überwinden. Zudem ist es dem kubanischen Staat angesichts der verschärften US-Blockade, des Corona-bedingten Rückgangs des internationalen Tourismus und der damit verbundenen Devisenknappheit sowie in Anbetracht der immensen Zusatzkosten zur Bekämpfung der Pandemie im In- und Ausland schlicht nicht möglich, die bisherigen Ausgaben für Subventionen aufrechtzuerhalten.

Langfristig bleibt das Ziel, die Ökonomie zu stabilisieren und importunabhängiger zu machen, um so den Sozialismus kubanischer Prägung weiterentwickeln und die sozialen Errungenschaften der Revolution beibehalten zu können. ●